

# Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

N<sup>o</sup> 5.

Diese Zeitung erscheint alle vierzehn Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 66 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6176.

Hannover,  
Sonnabend, 10. März 1900.

Inserate kosten pro 3 gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf. Offertenannahme 10 Pf. Redaktion: Reinstr. 31. Verlag: Nikolaisstr. 46.

9. Jahrg.

## Zur Reform des Unfallversicherungsgesetzes.

Der Berliner Arbeitervertreter-Verein, dessen Mitglieder auf allen Gebieten der Arbeiter-Versicherung bei Ausführung der Gesetze thätig sind, hat, wie bei früheren Gelegenheiten, auch jetzt dem Reichstage in einer umfangreichen Petition Vorschläge zur Unfallversicherungsgesetz-Novelle unterbreitet.

Die Arbeitervertreter weisen zunächst in einem Vorwort der Petition darauf hin, daß die Verschmelzung der Unfall- mit der Kranken-, Invaliditäts- und Altersversicherung als wirksamstes Mittel zur Beseitigung der vielerlei Schäden, welche bei Ausführung der heutigen Gesetze durch die Verschiedenartigkeit derselben den Beteiligten erwachsen, in erster Linie am Platze sei. Die Schwierigkeiten, welche der Verschmelzung entgegenstehen sollen, kann der Arbeitervertreterverein als berechtigt und unüberwindlich nicht ansehen, er hält vielmehr die Zusammenfassung der Arbeiterversicherungsgesetze auch heute schon für völlig durchführbar. Unter Wahrung vollster Selbstverwaltung der Beteiligten bei Ausführung der Gesetze müßte eine territoriale Abgrenzung der Bezirke vorgenommen werden.

Die Mittel zur Durchführung der gesammten Arbeiterversicherung sollten durch allgemeine Steuern, unter Heranziehung der Unternehmer zu einer prozentual stärkeren Belastung, aufgebracht werden.

Zu der schon in Beratung befindlichen Novelle hat der Arbeitervertreterverein in seiner Petition 49 Abänderungsanträge formuliert und eingehend begründet. Von dem Abdruck der Anträge nehmen wir Abstand. Sie bedürfen sich inhaltlich mit den von den sozialdem. Mitgliedern der Unfallversicherungskommission eingebrachten Anträgen. Wie sich aber aus den bisherigen Verhandlungen dieser Kommission ergibt, werden fast alle sozialdemokratischen Verbesserungsanträge abgelehnt, und dasselbe dürfte im Plenar des Reichstages eintreten, wenn sich nicht vorher die Arbeiter ganz Deutschlands erheben und einmüthig eine gründliche Verbesserung der Unfallversicherung fordern!

Die Petition des Arbeitervertretervereins allein genügt nicht, um Stimmung für die Forderung der Arbeiter im Reichstage zu machen. Seitens der Arbeiter müssen überall, soweit es irgend möglich ist, Versammlungen veranstaltet werden, in denen die Petition unterstützt wird. Die Arbeiter müssen darum auch für das Zustandekommen von Massen-Versammlungen in kürzester Zeit Sorge tragen und auf jede Weise für die Petition des Arbeitervertretervereins eintreten.

Das Zustandekommen von Verbesserungen der Gesetzesvorlage hängt im Reichstage in der Hauptsache vom Zentrum ab. Diese Partei, deren Stärke im Reichstag zum großen Theil auf Arbeiterstimmen beruht, giebt in den Kommissionsverhandlungen bei Ablehnung der seitens der Sozialdemokraten gestellten Verbesserungsanträge den Ausschlag. Die Zentrumsparthei hat es auch in der Hand, die Regierung zu zwingen, einem verbesserten Gesetzentwurf die Zustimmung zu geben. Darum müssen die organisierten Arbeiter in Rheinland und Westfalen, Bayern, Württemberg, Baden, Schlesien, Posen und anderen Bezirken, die von Zentrumsabgeordneten im Reichstage vertreten sind, eine ganz besonders rege Agitation entfalten, damit auch die katholische gestimmte Arbeiter sich mit ganzer Kraft dem Kampfe nach Verbesserung der Versicherungsgesetze anschließen. Geschieht dies, dann werden die Zentrumsabgeordneten vielleicht doch nicht umhin können, ihren bisherigen Standpunkt zu Gunsten der Arbeiterforderungen aufzugeben.

Die Hoffnung, auf die sogenannten nationalliberalen und freisinnigen Abgeordneten einwirken zu können, geben wir von vornherein auf. Es sind konsequente Vertreter des Kapitalismus und vielfach auch Vertreter der Berufsgenossenschaften. Als solche sind sie die schärfsten Gegner der Arbeiterforderungen. Denn jede Verbesserung des Unfallversicherungsgesetzes bedeutet unter den heutigen Verhältnissen eine Mehrbelastung der Unternehmer, eine Beschneidung des Kapitalprofits. Die Arbeiterfreundlichkeit der Freisinnigen zu erweisen, haben die Arbeiter einmal wieder vollauf Gelegenheit bei Beratung des vorliegenden Gesetzentwurfes. Besonders die Gewerksvereiner, die sich im Schlepptau der Freisinnigen befinden, sollten sich das merken und die richtigen Folgerungen daraus ziehen.

Die Reichstagsabgeordneten in der Ablehnung der Arbeiterforderungen zu stützen, ja sie zu Verschlechterungen der Vorlage zu bewegen, sind die Unternehmer-Vereinigungen auch nicht faul gewesen. Die Vertreter der Berufsgenossenschaften waren kürzlich in Berlin zu einem außerordentlichen Verbandstage versammelt und haben Stellung zu dem Entwurf über das Unfallversicherungsgesetz genommen. Der geschäftsführende Ausschuss legte dem Verbandstage ein Heft mit 38 Abänderungsanträgen zu den einzelnen Paragraphen vor, die auch dem Reichstage in Form einer Petition zugehen oder schon zugegangen sind. Verbesserungsvorschläge im Sinne der Arbeiter dürften in dieser Petition nicht enthalten sein. Die sozialpolitische Kommission der vereinigten wirtschaftlichen Vereine Rheinlands und Westfalens (Unternehmer-Vereinigung) hat gleichfalls Stellung zu dem Gesetzentwurf genommen. Die Herren lehnen jede Verbesserung des Gesetzes ab. Auf denselben Standpunkt stellt sich der weitberühmte „Zentralverband der Industriellen“.

Darum ist es auch unumgänglich notwendig, daß, obwohl die Arbeiterforderungen allbekannt sind und sich durchaus im Rahmen des zur Zeit Möglichen halten, daß die Arbeiter ungesäumt und mit ganzer Wucht in die Agitation eintreten für Verbesserung des Gesetzesentwurfes.

Es empfiehlt sich, diesbezügliche Resolutionen zu beschließen und dieselben an den Vorstand des Arbeitervertretervereins alsbald zu übermitteln. Für die zu beschließende Resolution dürfte sich nachstehendes Schema empfehlen.

Die heute, am . . . . . im . . . . . tagende Versammlung der . . . . . erklärt sich mit der vom Berliner Arbeitervertreterverein an den Hohen Reichstag zur Abänderung der Unfall-Versicherungsgesetze gerichteten Petition einverstanden. Dieselbe erachtet die darin gemachten Vorschläge für das Minimum dessen, was im Interesse der Verletzten resp. deren Angehörigen gefordert werden muß, um diese vor der größten Noth und dem äußersten Elend zu schützen.

Die circa . . . . . Versammelten ersuchen den Hohen Reichstag, die Vorschläge zu prüfen und geneigt die Zustimmung ertheilen zu wollen.

. . . . ., den . . . . . 1900.  
Ehrendienstag  
I. A.: . . . . .  
Auf, an die Arbeit!

## Fabrik-Wohnungen.

III.  
So hängt also die Durchführung einer gesunden Wohnungsreform in letzter Konsequenz von einer gründlichen Umgestaltung der Städte- und Gemeinde-Versaffung ab, die der Arbeiterklasse das Wahl- und Vertretungsrecht im weitesten Sinne einräumt. Zugleich bedarf es gewisser gesetzgeberischer Aufklärungsarbeiten auf dem Gebiete des Expropriationsrechtes. Für Herstellung von Straßen, Schläufen zc. müßten die Kreise Beihilfen leisten. Das Alles kann im Allgemeinen als Zukunftsmusik erscheinen, denn ehe von Staats und Reich wegen in diesem Umfange etwas Ernstliches geschieht, wird noch manche Wohnungsnoth verzeichnet werden. Indes beweisen die Fortschritte, die manche Gemeinden auf diesem Gebiete der Arbeiterfürsorge aufzuweisen haben, daß bei einigem guten Willen Vieles erreicht werden kann. So z. B. hat, dem badischen Inspektionsbericht zufolge, die Stadt Freiburg schon früher aus Stiftungsmitteln 168 Wohnungen für Arbeiter und kleine Beamte im Werthe von 629 000 Mk. hergestellt und im Jahre 1898 abermals 99 Wohnungen im Werthe von 610 000 Mk. erbaut. Den letzteren haftet zwar der Mangel an, daß sie für Arbeiter zu theuer (weil angeblich zu komfortabel gebaut) sind; indes ist das Beispiel nur erwähnt, um zu zeigen, was einzelne Städte hinsichtlich der Beseitigung der Wohnungsnoth zu leisten vermögen.

Wo die Initiative oder auch nur die Mitwirkung der Gemeinden wegen der ablehnenden Haltung der Hausbesitzer versagt, da kann auch der Weg der Selbsthilfe durch Gründung neuer oder Förderung bestehender Baugenossenschaften beschritten werden, wozu gerade die Gewerbe-Inspektion das

geeignetste Organ zur Anregung und Vermittelung wäre. Natürlich müßte sie sich, von dem Grundsatz ausgehend, daß die Selbsthilfe den Arbeitern zu kommen soll, nicht an die Unternehmer, sondern an die Arbeiter selbst bezw. an . . . . . Organisationen wenden, um diese für einen genossenschaftlichen Zusammenschluß zu gewinnen. Die örtlichen Gewerkschaftskomitees würden stets bestrebt sein, solche nur im Arbeiterinteresse verfolgten Bemühungen zu unterstützen, zwar nicht durch selbstthätigen Bau von Arbeiterwohnungen, denn das liegt außerhalb ihres Aufgabensbereichs, wohl aber durch Förderung eines solchen Unternehmens in allen Stadien. Die finanzielle Beihilfe des Arbeitgebers kann entbehrt werden, wenn die Landesversicherungsanstalt sich zur Darlehen von Geldern entschließt. Indes dürften die auf solche Weise erbauten Häuser und Wohnungen nicht in den Eigenbesitz der Bewohner übergehen, sondern sie müßten Eigenthum der Genossenschaft bleiben und an die Arbeiter nur zu möglichst günstigen Bedingungen vermietet werden.

Derartige Baugenossenschaften haben bereits in den Bezirken Hannover, Hildesheim-Büneburg, Arnberg, Düsseldorf, Köln und Aachen bedeutende Fortschritte gemacht. Im Bezirk Hildesheim bauten 9 Genossenschaften 375 Häuser mit 715 Wohnungen, im Bezirk Arnberg 19 Genossenschaften 474 Häuser mit 1899 Wohnungen, im Bezirk Düsseldorf 36 Genossenschaften 2864 Wohnungen, im Bezirk Köln 7 Genossenschaften 245 Häuser mit 483 Wohnungen, im Bezirk Aachen 2 Genossenschaften 102 Häuser mit 321 Wohnungen, während einige Baugenossenschaften im Bezirk Posen bereits 11 Häuser mit 145 Wohnungen (pro Haus 13 und mehr Wohnungen, die reinen Miethskasernen!) hergestellt und den Bau weiterer 216 Wohnungen begonnen haben. Freilich sind die meisten dieser Baugenossenschaften alles Anders, nur keine Arbeitergründungen; sie gehen meist von einzelnen wohlmeinenden Angehörigen der besitzenden Klasse, sozialpolitischen Experimentierern zc. aus; nicht selten verdanken sie auch Erwerbsinteressen ihre Entstehung, sind also im ersteren Falle als Wohlfahrtsport, im letzteren als Kapitalanlage zu betrachten und haben mit Selbsthilfe nicht das Mindeste zu thun.

Das zeigt uns eben, daß sich die Gewerbeaufsichts-Beamten mit ihren auf die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse gerichteten Bestrebungen selten an die richtige Adresse wenden, sei es aus Voreingenommenheit gegen die gewerkschaftlichen Organisationen oder aus Unterschätzung der in der Arbeiterklasse vorhandenen Intelligenz. Die letztere Besorgniß, daß es der Arbeiterschaft an geeigneten Kräften zur Leitung und Verwaltung eines solchen Unternehmens fehle, ist nur auf geringe Kenntniß der Arbeiterschaft zurückzuführen, die zwar gerade von einem für den Verkehr mit Arbeitern thätigen Gewerbeinspektor bescheiden muß, aber unter dem gegenwärtigen Inspektionsystem nur allzu verständlich erscheint. Wenn aber aus Abneigung gegen die Arbeiterorganisationen das Wohlfahrtsystem der Unternehmer in jeder Weise protegirt wird, so wundert man sich dann wenigstens nicht, wenn die Arbeiter kein Interesse für derlei Wohlthaten zeigen und die Gewerkschaften diese Art von Wohnungsreform entschieden bekämpfen.

Uebrigens sind die in den Inspektionsberichten meist über den grünen Klee belobten Fabrik- und Werkwohnungen, namentlich die älteren, häufig in einem Zustande, der eher eine scharfe Kritik, als dieses alljährlich so überreichlich fließende Lob hervorzurufen sollte. Es ist selbstverständlich, daß solche roh und billig aufgeführten Zwei- und Vierfamilienhäuser in Betrieben mit lebhaftem Arbeiterwechsel und sparsamer Verwaltung sehr bald einer Verwahrlosung anheimfallen, zumal, wenn noch eine Ueberfüllung der Räume durch die Aufnahme lediger Schlafburschen hinzukommt. So beschäftigt sich denn der mit den Wohnungsverhältnissen seit Jahren sehr vertraute Lothringische Gewerbeberath in seinem 1898er Bericht einmal speziell mit den Verhältnissen der Fabrikwohnungen und entwirft von ihnen folgende erbauliche Schilderung: „Die Besichtigungen haben erkennen lassen, daß noch immer Arbeiterwohnhäuser von ungenügender Beschaffenheit vorhanden sind, die einzelnen Fabriken angehören und von deren Arbeitern unter höchst unangünstigen Lebensbedingungen bewohnt werden. So bestehen die meisten Arbeiterwohnungen des Güttenwerks Dettingen aus zwei hintereinanderliegenden

Räumen, zu welchen man unmittelbar durch die Hausthür Zutritt hat. Der über dem Keller liegende Fußboden der beiden Wohnräume, sowie die Decke über demselben bestehen aus einfachen, auf die Balken genagelten Brettern, durch welche die Luft im Sommer wie im Winter wie durch ein Sieb hindurch ziehen kann. Die entsprechend primitiv hergestellten, undicht schließenden Türen und Fenster, die Dacheindeckung, sowie die Boden- und die Deckenklappe für den Zugang zum Keller und Dachraum begünstigen diesen Luftzug von allen Seiten. Treppen sind nicht vorhanden, Dachraum und Keller können nur mittels Leiter von den Wohnräumen aus erreicht werden. Andere Einrichtungen, wie Stallung, Abort, Garten u. sind außer diesen allernothwendigsten Räumlichkeiten nicht angelegt worden, so daß die Bewohner der je zwei Wohnungen enthaltenden, an der Straße und an den Arbeitsplätzen liegenden Häuser gezwungen sind, ihre Nothdurft in den Wohnräumen zu verrichten. Diese ungesunden, primitiven, unbehaglichen Wohnungen bilden nichts weiter als die nothwendige Schutzdecke vor den Unbilden der Witterung und für die Nachtruhe. Die überall vorgefundene nothdürftigste Ausstattung und Unreinlichkeit lassen sofort erkennen, daß höhere Ansprüche an diese Räume nicht gestellt werden. Bei besserer Einrichtung könnten diese Wohnungen für eine kleine Familie genügen. Bei der Revision wurde jedoch festgestellt, daß sie von 8-10köpfigen Familien bewohnt waren, die außerdem noch fast eben so viel Kost- und Schlafgänger aufgenommen hatten. Die Aufnahme dieser fremden Elemente, meist Italiener, bedeutet die vollständige Zerstörung des Familienlebens, wenn von einem solchen in derartigen Wohnungen überhaupt, und bei einer größeren Familie durch das gedrängte Zusammenleben und -schlafen der Eltern und Kinder, noch die Rede sein kann. Weder am Tage, noch selbst in der Nacht beim Schlafen können die Familienangehörigen ungestört allein sein. Bei der unbegreiflichen Gleichgültigkeit und Kurzsichtigkeit einzelner Industrieller ist es zu bedauern, daß das Gesetz nur ungenügende Mittel an die Hand giebt, hier kräftig eingreifen zu können.

So sieht es vielfach auch anderswo mit den Egnungen der Fabrikwohnungen aus (von den sprichwörtlich schlechten Unterkunftsräumen der Wanderarbeiter in Zuckerraffinerien und Ziegeleien, in Zementfabriken u. garnicht zu reden!), wenn nur einmal ein etwas kritischer prüfendes Auge hinein leuchtet. Das soll kein Grund sein, neuere Fortschritte in dieser Beziehung zu ignorieren, wohl aber, den Lobeshymnen zahlreicher Berichte skeptischer gegenüberzustellen. Die Wohnungsmisere ist eine Begleiterscheinung des kapitalistischen Ausbeutungssystems; eine gründliche Sanierung ist daher nur von einer entschiedenen Erkämpfung seitens der Arbeiter zu erwarten. Die Selbsthilfe der Arbeiter bietet nur unzureichende Erfolge, ist aber dort, wo die öffentlichen Organe versagen, nicht gänzlich zu verwerten. Mit kapitalistischen Wohlthaten aber verschone man gefälligst die Arbeiter; sie gleichen dem Danaergeschenk, das für die Empfänger zum Verderben wird. Zeigen sich diese Wohlthaten, bei Dichte befehen, noch dazu als recht ergiebige Erwerbsquellen des Unternehmers, so wäre dies um so weniger Grund, sie als das Ziel einer gesunden Wohnungsreform zu bezeichnen. Eine solche kann nur durch eine großangelegte, die Gemeinden mit weitgehenden Rechten anstattende Reichs-Wohnungsgesetzgebung und Hand in Hand mit dieser durch eine Demokratisierung des Gemeinweins erreicht werden.

### Vom Schlachtfelde der Arbeit.

Für 98 023 Unfälle wurde im Jahre 1898 erstmalig auf Grund der Unfallversicherung eine Entschädigung festgesetzt. Unter diesen 98 023 waren 7984 mit tödlichem Ausgang, 1130 hatten dauernd völlige, 48 356 dauernd theilweise und 40 544 vorübergehende Erwerbsunfähigkeit zur Folge. Die Getödteten hinterließen 5096 Wittwen und 1. 601 unter 15 Jahre alte Kinder.

Welche Summen von Qualen, von Thränen und von Glend drücken sich in diesen Zahlen aus! Ihnen gegenüber wiegen die paar Millionen Mark, die die Unternehmer für die in ihrem Interesse, und zum Theil in Folge ihrer Sabotier Gesellenen, bezw. für deren Hinterbliebenen zahlen, federleicht.

Die Zahl der Unfälle und der Getödteten ist gegenüber demselben Zeitraum des Vorjahres abermals gestiegen. Im Jahre 1897 wurde erstmalig für 93 826 Unfälle Entschädigung festgesetzt. Davon hatten 7416 den Tod, 1507 dauernd völlige und der Rest dauernd oder vorübergehend theilweise Erwerbsunfähigkeit zur Folge. Zur Anmeldung gelangten 1887 38 217 Unfälle.

Gingelommen nach jene Unfälle, für die eine Entschädigung nicht festgesetzt wird, weil der oder die Verletzte innerhalb 14 Wochen wieder völlig hergestellt wurde. Die Zahl dieser ist noch ein bedeutendes größer. Allein im Jahre 1898 gelangten 407 522 Unfälle zur Anzeige. (In dieser Zahl sind sämtliche Unfälle, schwere und leichte, eingeschlossen.)

Dieses Hauptopfer an Gesundheit und Menschenleben erfolgt allein jenseits der Grenze, die der Unfallversicherung unterliegen, wird also in Wirklichkeit noch überboten, weil gefährliche Betriebe, darunter fast

das gesammte Handwerk, der Versicherungspflicht nicht unterliegen.

Etwa eine halbe Million Todte und Verwundete in einem Jahre und allein in Deutschland! Werden auch jetzt noch die Vorkredner der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die im Solde des Unternehmertums stehenden Blätter mit frecher Stirn behaupten wollen, daß die stetige Steigerung der Unfallziffer nur auf die in immer weitere Kreise dringende Kenntniß der gesetzlichen Bestimmungen zurückzuführen sei, welche bewirke, daß jetzt auch der geringste Unfall zur Anzeige gelangt? Daß die Steigerung der Unfallziffer noch nicht eine Vermehrung der Unfälle bedeutet, ist eine faule Ausrede. Gewiß sind in den ersten Jahren nach dem Inkrafttreten des Unfallversicherungsgesetzes nicht alle Unfälle zur Anzeige gelangt. Davon kann aber schon seit Jahren keine Rede mehr sein. Dagegen spricht auch die Thatsache, daß die schweren Unfälle sich vermehrt haben. Während nämlich im Jahre 1888 auf 1000 Versicherte rund 2,04 schwere Verletzungen kamen, gelangten 1898 5,30 solche zur Anzeige. Bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften stieg die Zahl in dem genannten Zeitraum von 4,35 auf 7,11 für je 1000 Versicherte. Wenn trotzdem die Zahl der Unfallverletzten, für die die Pforten der Unfallversicherung geöffnet worden, von 2331 auf 1139 zurückgegangen ist, so nur, weil die Auffassung der einschlägigen maßgebenden Faktoren über die völlige Erwerbsunfähigkeit heute eine für die Verletzten ungünstigere ist, als früher.

Von einer Abnahme der Betriebsunfälle kann für absehbare Zeit nicht die Rede sein. So lange die Ursachen dieses kapitalistischen Massenmordes: die nimmer-satte Geldgier, die keine Rücksicht kennt, die Geringschätzung von Leben und Gesundheit fortbauert, so lange der Profit das oberste Gesetz, das Unternehmertum Herr im Staate und im Reiche ist, ist an eine Abnahme der Betriebsunfälle nicht zu denken. Nur durch die Daumenschraube des Gesetzes und durch das Erstarken der Arbeiterorganisationen kann dieser ungeheuerlichen Verwüstung von Menschenleben Abbruch gethan werden.

### Soziale Mundschau.

— Staatliche Arbeitslosen-Unterstützung. Wie die „Berliner Volkszeitung“ berichtet, hat das Volk des Kantons Basel am 19. Februar den Gesetzentwurf einer staatlichen Arbeitslosen-Unterstützung mit 5458 gegen 1119 Stimmen verworfen. Von 16 200 Stimmberechtigten gingen nur 6 577 zur Urne, also rund 35 Prozent, 65 Prozent blieben zu Hause. Das Gesetz war nach jeder Richtung hin musterhaft und trotz der Schwierigkeit der Materie leicht verständlich und übersichtlich gehalten.

Dem Gesetz waren 10 000 Personen, welche dem Fabrikgesetz unterstellt sind, oder als Erd- oder Bauarbeiter beschäftigt waren, als versicherungspflichtig zugetheilt. Staat, Arbeitgeber und Versicherte finanzieren das Institut; der Staat zahlte nach dem Entwurf jährlich 30 000 Frs. und sämtliche Verwaltungskosten, die Arbeitgeber rund  $\frac{1}{3}$ , die Versicherten  $\frac{1}{3}$  der Prämien im Betrage von rund 150 000 Frs. jährlich und zwar im Verhältnis zur Lohnhöhe und zur Arbeitslosengefahr. Die Karenzzeit wurde auf ein Jahr für neu eingewanderte und auf sechs Monate für einheimische Versicherungspflichtige festgesetzt und die Unterstützungspflicht auf 70 Tage pro Jahr anberaumt.

Die freisinnig-demokratische und die sozialdemokratische Partei, welche in Basel die stärksten Parteien sind und über gut  $\frac{1}{2}$  aller Stimmen verfügen, empfahlen vereint die Annahme des Gesetzes, und in öffentlichen Versammlungen und in der Presse wurde der Entwurf eingehend erklärt und verständlich gemacht. Und trotzdem die Niederlage!

Sie erklärt sich aus der Reue der Materie und aus der allgemeinen Befürchtung, daß dieses Gesetz ausländische und namentlich italienische Arbeitskräfte nach Basel lenken und sie hier festhalten werde, wodurch die ausländische Konkurrenz die heimischen Elemente in ihrer Existenz bedrohen und erschweren würde. Die Arbeitgeber, denen die neue Last unheimlich erschien, schürten diese Bedenken, malten neue Steuererhöhungen an die Wand und beschworen das Gespenst der Einwanderung arbeitscheuer Elemente herauf. Unter dieser Erührung der öffentlichen Meinung wurden die Arbeiter selbst schwankend und verworfen die Vorlage. In der nächsten Zeit bleibt diese Frage nur ruhig. Aber ihre Lösung kommt; sie muß kommen.

### Vom sozialen Kampfplage.

— Zugang nach Blankenburg a. S. ist ferngehalten. Bau-, Erd- und Steinarbeiter haben Forderungen eingereicht.

— Internationale Streikthatipit. Die Zahl der Streiks im Januar war gegen den Dezember im Zunehmen begriffen. Nach der Zusammenstellung der Berliner Halbmonatschrift „Der Arbeitsmarkt“ stieg sie in Deutschland, Belgien und England von 58 auf 96. Die umfangreichsten waren die Bergarbeiter-Ausstände in Oesterreich, die noch andauern. Auf dem Gebiet der Pariser Weltausstellung haben 1500 Zimmerer die Arbeit eingestellt. Sie verlangen angesichts der Gefahren an dem ungewöhnlich hohen Löhnen die Erhöhung des Stundenlohnes von 90 auf 100 Centimes und 2 Francs für jede Ueberstunde.

Das Syndikat der Pariser Zimmerleute lehnte indessen jede Solidarität mit den Streikenden (meistens aus der Provinz zugezogene Arbeiter) ab, wodurch der Streik schon nach wenigen Tagen verloren ging.

— Wie Unternehmer in Köslin die verfassungsmäßig garantierten Rechte der Arbeiter achten, beweist folgendes Arbeitergesuch, das in der Kösliner Zeitung erschienen ist:

Farmer, Schlosser, Schmiede und Arbeiter, die keinem Verband angehören, finden lohnende Beschäftigung bei

Mahler & Sahn.

Die Arbeiter, die einem Verbands angehören und bei der Firma beschäftigt waren, sind vor die Wahl gestellt worden, entweder auszutreten oder die Arbeit zu verlassen. Sie haben als Leute, die sich ihre gesetzlichen Rechte nicht verkleinern lassen wollen, das Bessere gewählt. Öffentlich verfehlt dies Vorgehen nicht die agitatorische Wirkung. Jeder indifferente Arbeiter muß zu der Anschauung kommen, daß die organisierten Arbeiter berechnigte Ansprüche, die sich auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen erstrecken, mit Energie vertreten und dabei von der Organisation unterstützt werden. Die Furcht vor der Organisation, die Annahme, daß deren Macht die Profitrate des Unternehmers schmälern kann, ist es, welche die Maßregelungen der organisierten Arbeiter veranlaßt. Jeder Arbeiter sollte daraus die Nutzenwendung ziehen, daß die beste Wahrung und Vertretung seiner beruflichen Interessen in der Organisation möglich ist und derselben beitreten. Dann ist auch die Zeit gekommen, in welcher die Industriepächter in Döblitz einsehen lernen müssen, daß das Recht der Vereinigung nicht nur für die Unternehmer sondern auch für die Arbeiter besteht.

### Polizeiliches, Gerichtliches.

— In Arnstadt i. Th. haben sich eine Anzahl Kollegen dem Verbands angeschlossen; daraufhin haben wir einen Vertrauensmann ernannt und denselben beauftragt, die Beiträge zu erheben, die Zeitungen den Mitgliedern zuzustellen und neue Aufnahmen zu vollziehen. Der fürstliche Landrath erblickt nun darin eine Thätigkeit, wie sie ein Verein entfaltet, und eine strafbare Hintergehung des Gesetzes. Eine hochnothpeinliche Untersuchung ist angeordnet. Wenn man uns nur den Vertrauensmann nicht „auflöst“.

### Konferenz des Agitationsbezirks Sachsen.

Abgehalten am 25. Februar in Dresden.

Kollege Kimmich-Dresden eröffnete punkt 12 Uhr mit einigen Begrüßungsworten die Konferenz. Nach Zusammentritt des Bureau's ehrten die Anwesenden das Andenken des so plötzlich verschiedenem Kollegen und langjährigen Kassiers J. Wilhelm durch Erheben von den Plätzen. Die darauf verlesene Präzisionsliste ergab die Anwesenheit je eines Delegierten aus Leipzig, Eilenburg, Meißen, Mügeln, Postschappel und Dresden, sowie der Kollegen Roes und Schlippe vom Agitationskomitee. Nicht vertreten waren die Orte Markranstädt, Wurzen, Schleißhitz, Brandis-Beucha, Lützen und Jitkau; Schleißhitz hatte den Kollegen Bohm-Weipzig mit der Vertretung betraut. Den Bericht der Agitations-Kommission gab Roes-Weipzig. Im August vorigen Jahres veröffentlichte die Kommission in sämtlichen sächsischen Arbeiter-Zeitungen einen Aufruf an alle ungelernen Arbeiter und Arbeiterinnen, auf den aber leider Antworten oder Zuschriften nicht eingegangen sind. Im Oktober wurden dann die auf der letzten Konferenz beschlossenen Agitations-Versammlungen abgehalten, dieselben mußten so lange aufgeschoben werden, weil aus vielen Orten gar keine, aus anderen Orten erst sehr spät und dann auch noch ablehnende Antworten eingingen. Außer den Orten, wo schon Mitgliebschaften vorhanden sind, waren noch 13 Orte in Aussicht genommen, von denen 8 jedes Eingehen auf unsere Wünsche ablehnten. Der Vogel abgeschossen hat wiederum Chemnitz, die Industrie-Monopole Sachsens, mit seinen Tausenden von Fabrik- und Hilfsarbeitern und Arbeiterinnen. Wie schon im Vorjahre, wurden unsere Wünsche um Arrangierung einer Versammlung mit der Begründung abgelehnt, daß viele angelegte Arbeiter in den Branchen-Organisationen der verschiedenen Berufe organisiert seien, die von jenem seien so indifferent, daß an einen Erfolg gar nicht zu denken sei, umsomehr, als keine Personen vorhanden seien, die eventuell die Leitung in die Hände nehmen würden. Zu bebauern ist weiter, daß vom Genossen Eichhorn (Vorst. des Zentral-Agit.-Komitees für Sachsen) trotz Beilage einer Retourmarke nicht einmal eine Antwort erfolgte, als er um Mittheilung der Adressen der Vertrauenspersonen in verschiedenen Orten ersucht wurde. Von den angeführten 13 Versammlungen konnten leider nur 10 abgehalten werden, Pirna und Großenhain hatten einige Tage vorher noch abgelehnt, in Dresden-M. war der Besuch so schlecht, daß die Versammlung nicht abgehalten werden konnte; in Eilenburg war leider der Referent nicht erschienen und in Freiberg wurde die Versammlung aufgelöst. Ein greifbarer Erfolg war nur in Mügeln bei Dresden zu verzeichnen, wo schon vorher eine lebhaft Agitation entfaltet worden war. Dasselbst wurde auch in dieser Zeit die einzige Zahlstelle gegründet, die jetzt 126 Mitglieder aufzuweisen in der Lage ist. In neuerer Zeit ist es auch den Dresdener Kollegen gelungen, in Postschappel eine selbstständige Zahlstelle zu errichten, die jetzt 56 Mitglieder zählt. In Brandis-Beucha ist von Weipzig aus eine neue Zahlstelle gegründet worden. Eine schon aufwärtsstrebende Mitgliebschaft besteht in Markranstädt mit 260 Mitgliedern. Zur Zeit sind dort ca. 70 Kollegen am Rüstschneidwerk betheiligt. Das Schmerzenskind des Bezirks ist Schleißhitz, wo aus verschiedenen Gründen eher ein Rückgang als ein Fortschritt zu verzeichnen ist. — Schlippe-Weipzig erstattete sodann den Rassenbericht, der eine einmalige Einnahme von 300 Mk. und einschließl. 6,50 Mk. Rassenbestand eine Ausgabe von 350 Mk. aufweist, so daß ein Defizit von 43,50 Mk. vorhanden ist. — In der darauf folgenden Debatte bekundete Trautner-Eilenburg seine der Zufriedenheit mit den Arbeiten des Komitees; er rügte nur, daß bei der von ihnen veranstalteten ziemlich gut besuchten Versammlung der Referent nicht erschienen war, und regte an, daß die Referenten beauftragt werden, im Verhinderungsfalle nach dem Versammlungs-Bokal zu beschreiben. Nach weiterer Diskussion, an der sich sämtliche Delegierte betheiligten, und wobei die verschiedensten Vorschläge für kommende Fälle gemacht wurden, wurde der Kommission und speziell dem Kassier Entlastung erteilt. — Unter „Bericht der Delegierten“ gab Bohm-Weipzig bekannt, daß sich seine Mitgliebschaft gut, wenn auch noch lange nicht zufriedenstellend entwickelte. Die Zahl der Kollegen betrug kurz nach der Gründung 300, sank dann auf ca. 200 zurück, in letzter Zeit hat man durch Vertretungs-Versammlungen bessere

Erfolge gehabt, so daß jetzt gegen 600 Mitglieder zu verzeichnen sind. Beisitzig waren 3 Kollegen am Formierfreit, die 500 Mk., 1 Kollege am Formierfreit, der 75 Mk., und eine Kollegin, die wegen Maßregelung 12 Mk. Unterstützung erhalten haben. Lohn- und Arbeitsbedingungen haben sich nicht wesentlich verändert, so daß es noch großer Anstrengungen bedarf, ehe von einer Besserung die Rede sein kann. Wohllich dem Bekannten berichtet Trautner = Eilenburg. Er hofft im nächsten Frühjahr auf eine Verbesserung in der Mitgliederzahl. Der 2. Tag = Meissen gab bekannt, daß dort jetzt ca. 100 Mitglieder vorhanden sind. Von wesentlichen Verbesserungen der Lebenslage der Arbeiterschaft konnten er und der darauf folgende Kollege Kimmich = Dresden nichts berichten. Bekannter kritisierte vor allem das Verhalten vieler Arbeiter, die sich vom Verband wohl oft die Kostanten aus dem Feuer holen lassen, dann aber aus diesem austreten oder womöglich gar noch mit Bekämpfung helfen. Wehnländer berichtete noch über die 11-Mitglieder und Wolf = Pöschappel. Lohr schilderte dann noch näher seine Erfahrungen mit den Fabrik-Versammlungen, die er und auch Moos den anderen Kollegen angelegentlich empfohlen. — Zum 3. Punkt, „Wie gestalten wir unsere Agitation“, lagen mehrere Anträge vor. Der Antrag der Dresdener Kollegen, den Agitationsbezirk Sachsen in 2 Bezirke zu teilen, wurde nach langer, lebhafter Debatte zurückgezogen. Angenommen wurde schließlich der Antrag Bohr, „Versammlungslokale, die sich über eine längere Zeit ausdehnen, sind nicht mehr zu veranstalten; jede Zahlstelle hat die Pflicht, in benachbarten Orten Verbindung zu suchen und an dazu geeigneten Tagen Versammlungen zu arrangieren. Das Komitee ist sofort zu benachrichtigen.“ Dazu waren einige Erweiterungsanträge gestellt und wurden dieselben auch angenommen. 1. Jede Zahlstelle hat die Berechtigung, Referenten selbst zu wählen und zu bestellen; so weit als möglich soll von ernstlich wohnenden Abstand genommen werden. 2. Jede Zahlstelle hat jährlich auf Kosten der Kommission eine Versammlung frei, zu einer zweiten Versammlung wird nur der Referent bezahlt. Dadurch erledigten sich einige Anträge Eilenburgs, die von Trautner insolge dessen zurückgezogen wurden. Ein weiterer Antrag Eilenburgs, der Vorstand solle statt der jetzt gegebenen 5 Prozent in Zukunft 10 Prozent an die Kommissionen abliefern, wurde gegen die Stimme des Antragstellers abgelehnt. In demselben Verhältnis wurde ein neuerer Antrag Bohr angenommen: „Für jedes Mitglied des Agitationsbezirks Sachsen sind jährlich 10 Pfg., zahlbar in halbjährlichen Raten, an die Kommission abzuliefern.“ Einstimmig angenommen wurde der Antrag, auf dem kommenden Verbandstag zu beantragen: „Die jährigen 5 Prozent sind den Kommissionen sofort zum Quartale zu zahlen.“ — Zur Wahl des Kommissionspräsidenten wurde der Antrag Kimmich, den Sitz in Leipzig zu belassen, einstimmig angenommen. — Zum Ort der nächsten Konferenz wurde wegen seiner geographischen Lage Würzen bestimmt. — Da sich hiermit die Tagesordnung erschöpft hatte, schloß der Vorsitzende Moos nach einem kurzen Schlusssatz mit einem begeisterten Hoch auf unseren Verband Abends 6 Uhr die Konferenz.

## Konferenz des 11. Gaues.

Abgehalten in Ludwigshafen am 18. Februar 1900.

Der Gauvorsitzende, Kollege Welsch-Mannheim, eröffnete um 11 Uhr die Konferenz. Die Bureauwahl ergab Welsch als ersten, Benz-Ludwigshafen als zweiten Vorsitzenden und Stigenberger-Mannheim als Schriftführer. Anwesend sind von 12 Zahlstellen 17 Delegierte, welche 1522 Mitglieder vertreten. Vor Beginn des Geschäftlichen giebt der 1. Vorsitzende die Trauerkunde vom Ableben unseres Hauptkassiers bekannt, worauf in der üblich ehrenden Weise des Verstorbenen gedacht wird. Der 2. Vorsitzende begrüßt hierauf die Delegierten namens der Ludwigshafener Kollegen und erteilt dem Gauvorsitzenden das Wort zum Bericht des Gauvorstandes. Kollege Welsch führt hierunter folgendes aus: Trotz der ungünstigen Verhältnisse unseres Gaues, wie allzugroße Ausdehnung desselben, geringe Geldmittel etc., sei es doch gelungen, vier neue Zahlstellen: Heilbronn, Göttingen, Eisenberg, Kaiserlautern, zu gründen und den Mitgliederbestand von 950 auf 1522 zu heben. Dem gegenüber stände allerdings der Verlust einer Zahlstelle (Maudach), welche trotz aller Bemühungen nicht zu halten war. Redner mahnt, bei Neugründungen von Zahlstellen auch darauf Bedacht zu nehmen, ob die Bedingungen für ein längeres Bestehen vorhanden wären; bei Maudach hätte dies nicht zugetroffen. Öffentliche Versammlungen wurden 17 abgehalten, in denen Kollege Streb 10 Mal, Welsch 4 Mal, Nipp, Klein und Stigenberger je 1 Mal referierten. Die Vereinigung von Speier 1 und 2 sei leider bis jetzt nicht gelungen, persönliche und andere lokale Ursachen wären schuld daran. Aus der von Welsch vom ganzen Gau gegebenen Statistik über Lohn und Arbeitszeit sei hier nur ein Moment herausgegriffen. Während in Helsenleidenheim (Hilfack) bei neunstündiger Arbeit der Durchschnittslohn 3,70 Mk. beträgt, ist derselbe in Heilbronn bei 10 stündiger Arbeit nur 2 Mk., und bleibt somit hier noch um 20 Pfg. hinter dem ortsüblichen Tagelohn zurück. Also auch hier Bestätigung der Regel: Lange Arbeitszeit, schlechter Verdienst, kurze Arbeitszeit, hoher Verdienst. Streits fanden im Berichtsjahre 3 statt: Helsenleidenheim, Speier, Mannheim, welche sämtlich zu Gunsten der Arbeiter verliefen. Wenn der Gauvorstand nicht noch mehr erreichen konnte, so liegt dies außerhalb des Bereichs seiner Macht; so z. B. bedauert Redner die schlechte Unterstützung seitens der süddeutschen Gewerkschaftskarteile. Bei 30 an dieselben gerichteten Fragen betr. Unterstützung bei Neugründung von Zahlstellen liefen nur 15 Antworten ein, welche meist ablehnend lauteten. Namentlich wird auch das Verhalten des Stuttgarter Arbeitersekretärs getadelt, der durch Liegenlassen der betr. Vorarbeiten das Abhalten unserer Versammlung unmöglich machte. Ferner wirkte störend auf die Tätigkeit des Gauvorstandes der häufige Personalwechsel in demselben. Der 1. Kassier mußte wegen Krankheit der Schriftführer wegen Nichterfüllung seiner Pflichten ersetzt werden. Der jetzige Schriftführer befindet sich z. Zt. im Krankenhaus, während ein anderes Vorstandsmitglied schon Monate in einer Lungenheilstätte sich befindet. Anschließend hieran erstattete der Kassier Kollege Wedendorf den Jahresbericht. Die Einnahmen betragen 248,51 Mk., die Ausgaben 243,87 Mk. Mit diesen 248,51 Mk. Einnahmen haben wir aber nicht nur die auf uns entfallenden Beiträge von 140,91 Mk. bedeutend überschritten, sondern auch bei der Zahlstelle Mannheim noch weitere 30 Mk. aufgenommen, sobald wir das erste Geschäftsjahr mit einem Schuldtitel von 103,30 Mk. abschließen. Außerordentliche Zuwendungen wurden 1899 nicht gemacht; für dieses Jahr machte Frankenthal mit 5 Mk. den lobenswerten Anfang, dem Mannheim inzwischen mit 15 Mk. nachfolgte.

Der Kassier tadelt das mangelhafte, zum Teil ganz unterlassene Abrechnen der Zahlstellen, in Folge dessen die Kasse in elf Fällen keine Beiträge erhielt. Ferner kritisiert Redner das Verhalten des Gauvorstandes, welcher nicht eher Geld herausgibt, ehe man ihm den zu unternehmenden Feldzugsplan mit Kostenaufgabe einreicht. Es sei dies einerseits ein Verstoß gegen das Gauereglement (Bitte sehr! Reglement nachlesen, Seite 71 D. N.), andererseits ein Mißtrauensvotum gegen die Gauverwaltung. Ehe der Gauvorstand besorgt wäre, wo das über 60 Mk. betragende Geld in den Kassen angelegt werde, möchte derselbe lieber um die Zusage der den Gauen zukommenden Beiträge besser besorgt sein, um so dem chronischen Geldmangel der Kassen etwas ab- und der Tätigkeit der Gauvorstände aufzuhelfen. Von den Gauvorständen werde gewöhnlich schnelles Eingreifen

verlangt, da bleibe keine Zeit mehr zu langem Korrespondieren nach Hannover und zurück; wenn wir die Zahlstelle Mannheim nicht als Hauptkassier hätten benutzen können, hätte manche Versammlung mühen unterbleiben. Kollege Wipper berichtet als Revisor, daß Kasse, Belege und Bücher wie stets, so auch jetzt in bester Ordnung sich befinden und beantragt Decharge für den Kassier. — In der hierauf folgenden Diskussion tadelt Herrmann-Ludwigshafen die mangelhaften Abrechnungsformulare, diese wären oft an falscher Berechnung schuld, indem in die Rubrik „am Orte behalten“ oft die 33/100 Prozent der Zahlstellen geschrieben würden, worauf dann der Hauptvorstand diese Summe nachträglich für sich verlange. Redner kritisiert scharf das knauserige Verhalten bei dem Zeitungsverband und verlangt, daß ein scharfer Protest deswegen nach Hannover gesandt werde. (Wir drucken und bezahlen seit Wochen 32000 Exemplare! Die Proteste können einmal die Mitgliederzahl zu Grunde legen und ausrechnen, wieviel über schädliche Exemplare gedruckt, bezahlt und versandt werden müssen. Dabei von Knäuserigkeit zu reden! D. N.) Ferner beantragt Redner, auf dem Verbandstage den Antrag einzubringen, daß den Gauen in Zukunft 10 Prozent der Einnahme zugeteilt werde. Werner = Canstatt ersucht, über den Stuttgarter Arbeitersekretär etwas milder zu urteilen, derselbe wäre zu viel beschäftigt und hätte die Sache später nachgeholt. Merkel = Mannheim erwähnt Speier 1 und 2 zur Einigung und stellt als Beispiel das viel ausgedehntere und deshalb schwerer zu verwaltende Mannheim gegenüber, welches, obwohl 4 Sektionen, so doch eine Zahlstelle sei. Redner stellt den Antrag: der Gauvorstand möge mit aller Energie die Vereinigung genannter zwei Zahlstellen betreiben. Dietrich = Heilbronn empfiehlt besonders seine Zahlstelle der Beachtung des Gauvorstandes. D. kritisiert die zu knappe, kurze Korrespondenz vom Hauptvorstand; namentlich auf Anfragen von neuen Zahlstellen genügt 5 bis 6 Worte per Karte nicht. Die Nichtaufnahme eines Nachrufs für einen verstorbenen Kollegen wird ebenfalls scharf getadelt. Frankenthal bringt einen Antrag, daß sämtliche Zahlstellen des Gaues sich verpflichten möchten, aus Ueberflüssen bei Festlichkeiten etc. eine entsprechende Summe an die Kasse zu entrichten. Eder = Mundenheim wünscht für die Zukunft etwas mehr Agitation für seine Zahlstelle durch den Gauvorstand. Die Vertreter von Speier 1 und 2 schieben die Ursachen der dortigen Spaltung auf früher bestandene persönliche Ursachen, die jetzigen Vorstände wären zur Einigung geneigt. Oster = o. Helsenleidenheim klagt über Mangel an Zeitungen und bemerkt ferner, daß geringe Fehler in Vorrechnungen in Hannover bei etwas mehr Willen zum Nachrechnen selbst richtig gestellt werden könnten und bliebe dadurch vieles Korrespondieren und Porto erspart. (Wie kann denn der Kollege über den hier beschäftigten Willen zum Nachrechnen urteilen? D. N.) Quanz = Frankenthal: Seine Zahlstelle habe beschlossen, jedes Quartal 5 Mark aus der Lokalkasse an den Gau abzuliefern.

In seinem Schlusssatz bemerkt der Vorsitzende, daß Zeitungen zur Agitation zu teuer wären, empfiehlt Flugblätter und Bittet, Speier 1 und 2 nicht mit Gewalt einigen zu wollen. Die Anträge Merkel und Herrmann werden angenommen, der Antrag Frankenthal abgelehnt. Dem Vorstand und Kassier wird Decharge erteilt.

Aus den in der Nachmittags Sitzung gegebenen Berichten der Delegierten sei folgendes angeführt: Canstatt beklagt sich über den „unlauteren Wettbewerb“ des „Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter“, welche, um uns Abbruch zu thun, dem Titel ihres Verbandes den Zusatz „sowie aller nicht gewerblich gelernter Arbeiter“ hinzusetzen. Eisenberg: Die dortigen Unternehmer zeichnen sich besonders durch Ausbeutung von Kindern und Frauen aus. Daneben bestehen eine Reihe Wohlthätigkeits-einrichtungen, sogar Kinderbewahranstalten, damit ja die Frauen nicht gehindert sind, in die Fabrik zu gehen. Gegenüber der Propaganda des christlichen Arbeitervereins, sowie der besonders gepflegten nationalen Kirchengeistlichkeit fehlt es ihnen dort sehr an Agitationsmaterial. Elingen meldet besonders starke Unterdrückung durch eine Fabrik. Die Zahlstelle Helsenleidenheim hat gegen den christlichen Arbeiterverein einen schweren Standpunkt. So wird von den christlichen Agitatoren betont, daß bei dem monatlichen Beitrag von nur 10 Pfg. die Arbeiter sich noch den Himmel verdienen könnten, während sie bei uns pro Woche 15 Pfg. bezahlen müßten und dabei der ewigen Verdammnis entgegen gingen! Haas = Kaiserlautern bittet, den Paragraph 7a nicht zu streng zu handhaben. Mannheim konstatirt große Uneinigung gegen Streikmarken und geringen Absatz derselben. Der Vorsitzende faßt sämtliche Berichte zu einem Gesamtbericht zusammen und geht dann zum 3. Punkt, Agitation, über. Ludwigshafen beantragt: der Gauvorstand wolle ein Flugblatt in italienischer Sprache herausgeben. Dies verursacht lange, lebhaft Debatten. Nachdem bemerkt wurde, daß dies mehr Sache der Generalkommission wäre, auch der nächste Verbandstag zur Abfassung italienischer Statuten werde Stellung nehmen müssen, wird der Antrag zurückgezogen. Der Antrag Canstatt: eine Rednerin die dortige Gegend auf Kosten des Gaues bereisen zu lassen, wird nach vielem Zögern und Wider angenommen. Ferner gelangt zur Annahme ein Antrag Eder = Ludwigshafen, wonach sämtliche Zahlstellen des Gaues zur besseren Orientierung des Vorstandes und zur Erhaltung gegenseitiger Fühlung vierteljährliche Berichte an den Gauvorstand zu senden haben. Die nächste Konferenz wird in Canstatt abgehalten. Als Sitz des Gauvorstandes wird Mannheim einstimmig wiedergewählt. Zum Schlusssatz fordert der Vorsitzende, Kollege Welsch, zu neuer, unermüdblicher Agitation trotz unserer zahlreichen Gegnerschaft auf und schließt mit einem Hoch auf die Gewerkschaftsbewegung die in aller Ruhe und Sachlichkeit verlaufene Konferenz.

## Korrespondenzen.

**Barby.** Sonnabend, den 17. Februar, Abends 8 Uhr: tagte im „Gasthof zum Kronprinz“ eine öffentliche Versammlung der Land- und Hilfsarbeiter, welche sich mit der Gründung einer Zahlstelle beschäftigte. Zu diesem Zweck war Kollege Böhlke aus Calbe erschienen, um den Zweck und Nutzen der Organisation klar zu legen. Er entlegte sich seiner Aufgabe in zufriedenstellender Weise, sodaß fast sämtliche Anwesenden ihren Beitritt zum Verband erklärten. Darauf nahm Genosse Waldheim das Wort zu einer zündenden Ansprache, worin er die neugewonnenen Kollegen ermahnte, fest und treu zur Fahne zu halten, wogegen kommen was da wolle, sie könnten versichert sein, daß sämtliche Gewerkschaften hinter ihnen ständen, denn es seien nun 75 Proz. aller Arbeiter in Barby organisiert.

**Gotha.** Am 25. Februar tagte im Gasthof zum Ritter unsere Mitgliederversammlung mit der Tagesordnung: Die Lage und Aufgabe der arbeitenden Klasse. Der Referent Kollege Klotz hielt ein eingehendes Referat und ging speziell auf die Hilfsarbeiter ein, deren Lage hier in Gotha eine sehr traurige sei. Redner geißelte mit scharfen Worten die Gleichgültigkeit vieler Kollegen, die sich nicht eher des Verbandes erinnern, bis sie dessen Hilfe in Anspruch nehmen wollen. An der Hand einer ausführlichen Statistik führte Redner den Kollegen vor Augen, wie sich von Jahr zu Jahr die Gewinne der Unternehmer steigern, während die Löhne der Arbeiter sich gleich bleiben, wenn sie nicht gar sinken. Die Anwesenden folgten mit regem Interesse dem wohl-durchdachten, lebrenden Vortrag. Am Schlusssatz seines 1 1/2 stündigen Vortrages forderte Redner die Kollegen auf, nur in der Organisation das Bollwerk zu erblicken, welches sie gegen die

geradezu schamlose Ausbeutung schützt. Unsere Zahlstelle erfreut sich in letzter Zeit eines regen Besuchs. Vier Personen ließen sich als Mitglieder aufnehmen.

**Griesheim.** Am 10. Februar tagte unsere Mitgliederversammlung im „Rassauer Hof“. Nach Erlebigung des geschäftlichen Teiles wurde vom Bevollmächtigten der Formierfreit bei der Firma S. Dreuer u. Co. in Höchst erörtert und zugleich der Antrag, den streikenden Formiern 5 Mk. aus der Lokalkasse zu überweisen, einstimmig angenommen. Als Punkt 3 war auf der Tagesordnung festgesetzt: Vortrag vom Kollegen und Gauvorsitzenden Streb aus Offenbach. Da Kollege Streb nicht anwesend war, konnte der Vortrag nicht gehalten werden. Wegen seines Fernbleibens wurden gegen Kollegen Streb Vorwürfe erhoben. Hierauf wurden mehrere Mißstände der heimischen Fabrik und der Fabrik chemischer Produkte (in Firma Mary u. Müller) erörtert, wo die Verhältnisse derartig sind, daß mitten im Winter dort Mangel an Arbeitern ist und es sehr oft vorkommt, daß Arbeiter um 6 Uhr Morgens in dieser Fabrik anfangen und 10 Minuten nach 6 Uhr das Arbeitsverhältnis wieder lösen. In Arbeiterkreisen wird dieses Etablissement Schneide- und Knochenmühle genannt.

**Hamburg.** In unserer am 15. Februar stattgefundenen Mitgliederversammlung hielt Genosse Schaumburg einen sehr interessanten Vortrag über das Thema: „Die Intensivität der menschlichen Arbeit“. Nach längerem Ausführlichem forderte Redner die Anwesenden auf, sich bessere Arbeitsbedingungen zu verschaffen und zu diesem Zwecke fest zur Organisation zu halten und rege unter den Insubordinierten zu agitieren, damit auch diese sich der Organisation anschließen. Redner erntete reichen Beifall. Kollege Ahrens ersuchte die Anwesenden, das Schlusswort des Referenten zu bekräftigen und forderte auf, die Versammlungen fleißiger zu sein. Den Kartellbericht erstattete Kollege Wähle. Zu dem am 3. März mit der Bierertafel „Morgenrotz von 1894“ (Bundes-Bierertafel) zu feiernden gemeinschaftlichen Wintervergüngen wurden 12 Personen ins Festkomitee gewählt. Dann machte Ahrens das Referat über das 10 jährige Stiftungsfest bekannt, welches am 1. September bei Schwaß stattfand. In 8 Zahlstellen stimmten 288 dafür, 9 dagegen, 3 Stimmen waren ungültig; die Zahlstelle Winterhude-Spendorf enthielt sich der Abstimmung.

**Osium.** Am 6. Februar tagte unsere Mitglieder-Versammlung, welche recht gut besucht war. Es wurden 2 neue Mitglieder aufgenommen. Der Bevollmächtigte theilte mit, daß im Vereinslokale kein Arbeitsnachweis eingerichtet sei, und wurde die Benutzung desselben den Kollegen angerathen. Es wurde dann beschlossen, die Mitglieder-Versammlungen nur einmal im Monat und zwar am ersten Montag nach dem 1. abzuhalten. Nachdem der Bevollmächtigte den Kollegen noch ans Herz gelegt, kräftig für den Verband zu agitieren, wurde die Versammlung geschlossen.

**Stel.** Am 6. Februar tagte unsere regelmäßige Versammlung. Als 2. Bevollmächtigter wurde Kollege C. Bodow, Weihenburgerstraße 11, vorgeschlagen. Dann wurde die Frage erörtert: Wie mehren wir die Mitglieder unserer Zahlstelle? Der 1. Bevollmächtigte sprach für eine Flugblattverbreitung am Orte. Von anderer Seite wurde aber an einem Erfolg, der mit den Kosten in Einklang zu bringen sei, stark gewarnt. Die Sache wurde vorläufig aufgeschoben, weil ein Schreiben vom Gauvorstand eingegangen war, worin mitgeteilt wird, daß eine Agitationsstour im Monat März geplant sei und diejenigen Zahlstellen, welche auf eine öffentliche Versammlung reflektieren, dem Gauvorstand das Nähere mitzuteilen haben. Es wurde beschlossen, eine öffentliche Agitationsversammlung in genannter Zeit einzuberufen; damit aber die Versammlung von ungelerten Arbeitern recht zahlreich besucht wird, hat der Bevollmächtigte eine Verbreitung von Laufzetteln an die in Frage kommenden Arbeiter und Arbeiterinnen zu veranlassen. Nachdem noch einige unwichtige Punkte erledigt waren, wurde vom Bevollmächtigten hervorgehoben, daß die wirksamste Agitation die mündliche sei. Mit einem Hoch auf den Verband wurde die Versammlung geschlossen.

**Röslin.** Ein Jahr ist seit der Gründung unserer Zahlstelle verfloßen. Es schließt mit einer Mitgliederzahl von 341 ab. Seit der letzten öffentlichen Versammlung Ende Januar, in welcher Frau Zieg-Hamburg über: „Das verfloßene Jahrshundert“ sprach, sind noch eine Menge Kaufnahmen gemacht worden, sodaß wir 400 überschritten haben. Wir können mit diesem Erfolge in so kurzer Zeit zufrieden sein und wenn die Kollegen in Röslin sich so weiter an unserer Organisation beteiligen, dann wird auch bald eine bessere Zeit eintreten. Mißstände herrschen hier gerade genug, eine Arbeitszeit von 12-14 Stunden pro Tag ist allgemein. In der Papierfabrik ist es keine Seltenheit, wenn einmal 36 Stunden gearbeitet wird. Dementsprechend sind aber auch die Löhne, mit 1,50 Mk. wird angefangen und wenn die Arbeiter recht folgsam sind, bekommen sie nach geraumer Zeit immer mal 10 Pfg. Zulage, bis zu 1,80 Mk., dann hört es aber auf. Wenn sie dann mehr verdienen wollen, müssen sie mehrere Schichten hintereinander arbeiten und so kommen sie schließlich zu einer so unvernünftigen langen Arbeitszeit. Etwas hat unser Verband hier schon geschaffen; nachdem den Arbeitern das Unnütze dieses Systems klar gemacht worden ist, sträuben sie sich doch schon gegen die Ueberforderung. Auf dieser Fabrik wird sehr oft Sonntags Tag und Nacht voll durchgearbeitet. Sollte das immer mit Erlaubnis der Polizeibehörde geschehen? Es ist Pflicht der Arbeiter, sich in diesem Kampfe zusammenzuschließen, denn nur, wenn wir alle in der Organisation vereint sind, sind wir stark und werden trotz aller Schikanen, Saalabtreiberi u. s. w. es so weit bringen, daß die Arbeiter endlich einmal ein Dasein führen werden, welches man als menschlich bezeichnen kann. Nur an den Arbeitern selbst liegt es. Darum Kollegen, auf, agitirt für den Verband, es darf gar keinen Kollegen mehr geben, welcher unserer Organisation nicht angehört.

**Stellinghufen.** (Nutzen der Organisation.) Arbeiter von Stellinghufen sind seit einiger Zeit bei den Forderungen des Grafen von Hanxau auf Karlshof beschäftigt. Es kam zu Lohnstreitigkeiten. Die Arbeiter stellten am Montag, den 19. Februar, die Arbeit ein. Sie wollten eine Erhöhung des Lohnes von 2,10 Mk. auf 2,40 Mk. und eine Arbeitszeit von Morgens 7 bis Abends 6 Uhr. Der Verwalter erhöhte den Lohn auf 2,30 Mk., die Erhöhung sollte aber erst am Sonnabend, den 24. Februar, eintreten. Die Arbeiter, 20 an der Zahl, waren damit nicht zufrieden und stellten die Arbeit ein. Nun wurde die Forderung bewilligt und soll die Lohnerhöhung vom 17. Februar ab Gültigkeit erhalten.

Der Erfolg ist einzig der Organisation zu danken! Darum, Kollegen, die Ihr der Organisation noch fern steht, nehmt Euch ein Beispiel und schließt Euch Mann für Mann den kämpfenden Arbeitern an.

**Süneburg.** Sonntag, den 25. Februar, tagte unsere Mitgliederversammlung, in welcher die Bevollmächtigten und Revisoren in Vorschlag gebracht und die Delegierten zum Gewerkschaftskartell gewählt wurden. Darauf wurde die Vornahme einer Hausagitation beschlossen. Diese soll folgenbermaßen vorgenommen werden: Aus dem Adreßbuche werden die Namen derjenigen Arbeiter und Arbeiterinnen, welche für uns in Frage kommen, festgestellt, diesen wird dann im Laufe der Woche ein Flugblatt zugefandt und am folgenden Sonntag werden sie von einem Darburger und Süneburger Kollegen wegen Aufnahme in den Verband besucht. Die nächste Mitglieder-Versammlung wurde für Sonntag, den 18. März, festgesetzt, von da ab tagen die Versammlungen alle vier Wochen in der Lambert-Bierhalle.

**Meißen.** Am Montag, den 12. Februar, tagte im „Thurnhaus“ eine öffentliche Versammlung der hiesigen

Einzelmitglieder. Auf der Tagesordnung stand: 1. Vorlesung: „Woher lebst Du?“ von Simon Dykstein. 2. Wahl eines Delegierten zur Konferenz in Dresden. 3. Verbandsangelegenheiten. Nach Erledigung der Vorlesung, welche mit Beifall aufgenommen wurde, vollzog sich die Wahl eines Delegierten zur Dresdener Konferenz, welche auf Kollegen Herzog fiel. Unter Verbandsangelegenheiten wurde unter anderem die Wahl eines zweiten Delegierten zum Gewerkschaftstaktat vorgenommen, aus welcher Kollege Bielew mit großer Majorität hervorging. Des Weiteren wurde die Abrechnung des Vertrauensmannes vom vorigen Quartal entgegengenommen und von den Revisoren bestätigt. Ferner wurde beschlossen, pro Jahr und Mitglied 10 Pf. an das Kartell zu entrichten, welcher Betrag durch neuanzuschaffende Marken quittiert werden soll. Mit einem Appell des Vorsitzenden, daß Jeder lebhaft für unseren Verband agitieren soll, wurde die Versammlung 10 1/2 Uhr geschlossen.

**Neumünster.** Mittwoch, den 13. Februar, tagte seit langer Zeit wieder einmal eine Mitgliederversammlung, die sich eines guten Besuches erfreute und in der eine ganze Anzahl Mitglieder aufgenommen wurde. Dann wurden die Bevollmächtigten und Revisoren vorgeschlagen. Die bisherigen gaben sich gegenseitig ein Beispiel der Nachlässigkeit, hoffentlich thun die nun vorgeschlagenen Kollegen das Gegenteil und werden ein Muster der Pflückerfüllung. Darauf referierte der Kartellvorsitzende kurz über: „Die Bedeutung des Gellenausschusses“.

**Neustadt i. Ostf.** Am 8. Februar tagte unsere Mitgliederversammlung. Im 1. Punkt der Tagesordnung verlas der zweite Bevollmächtigte die Abrechnung vom 4. Quartal. Diese ergibt eine Einnahme von 93,89 Mk., nach Abzug aller Ausgaben verbleibt ein Bestand von 11,78 Mk. Die Mitgliederzahl beträgt ohne die Restanten 35. Als Bevollmächtigte wurden vorgeschlagen die Kollegen: Heil erster, Rogge zweiter, Nagelstein dritter. Zu Revisoren wurden die Kollegen Becker, Baack und Hahn bestimmt. Unter „Verschiedenes“ wurde bekannt gegeben, daß in nächster Zeit die Gründung einer Zählstelle in Lenzen zu erwarten ist. Die Vorarbeiten sind soweit erledigt und haben sich bereits 40 Personen als Mitglieder eingetragen lassen.

**Schönningen.** Sonnabend, den 10. Februar, tagte unsere außerordentliche Mitglieder-Versammlung. Zum 1. Punkt: „Wie ist eine fruchtige Agitation zu entfalten?“, nahm Kollege Bielew das Wort. Er führte aus: Wenn man unsere geringe Mitgliederzahl im Betracht zieht, sollte man glauben, es herrschen hier am Orte die besten Zustände; aber sehen wir uns einmal die Lohnverhältnisse einiger Fabriken etwas näher an, so erheitert es die Arbeiter der chemischen Fabrik (Lage und Löhne) 2 Mk. Tagelohn. Gehen wir etwas weiter zu den Farbenfabriken, so finden wir, daß ein Stundenlohn von 21 und 22 Pf. gezahlt wird. Freilich lagen dann einzelne Arbeiter, die verdienten pro Woche 17-18 Mk., aber sehen wir uns die Arbeitszeit einmal etwas näher an, so finden wir, daß sie in einer Woche zwei Ueberstunden machen. Die eine Farbenfabrik zahlte an ihre Aktionäre 40 Prozent Dividende. Wagt es ein einzelner Arbeiter, einen besseren Lohnsatz zu fordern, so sagt man schließlich: „Wenn Dir das nicht paßt, kannst Du gehen“. Würden die Arbeiter zum größten Theil organisiert sein, so würde es die Leitung nicht so leicht wagen, die Löhne, anstatt sie aufzubessern, immer mehr und mehr herabzubringen. Es müßte nun unser Hauptaugenmerk auf die Arbeiter der chemischen und Farbenfabriken gerichtet werden, damit diese sich immer mehr unserer Organisation anschließen, dann werde auch etwas zu erreichen sein. Nachdem sich noch mehrere Kollegen für eine fruchtige Agitation ausgesprochen, wurde folgender Antrag angenommen: Die Versammlung beauftragt den Bevollmächtigten, mit dem Gouvorstand in Verbindung zu treten betreffs eines Referenten zu einer im März abzuhaltenden größeren Gewerkschafts-Versammlung. Als Delegierte zum Kartell wurden Wassermann und Müller gewählt.

**Stettin.** Am Sonntag, den 11. Februar, hielt die hiesige Zählstelle ihre regelmäßige Mitglieder-Versammlung im Lokale des Kollegen Schwobow ab. Zuerst wurde die Abrechnung vom 4. Quartal verlesen. Diefelbe wurde von den Revisoren für richtig befunden erklärt und ist dem Kassier Entlastung erteilt. Alsdann erfolgte die Abrechnung vom 1. Maskenball, welche vom Komitee für richtig erklärt wurde. Die Hilfskassierer wurden eracht, beim Kassieren mehr darauf zu sehen, daß mehr Streifenmarken gefleht werden. Sodann wurde ein Schmäherbrief der Frau Wengel wegen angeblich unzureichender Unterstützung verlesen.

**Stettin.** Dienstag, den 6. Februar, tagte unsere Mitgliederversammlung im Saale des Herrn Kubasch. Unter Punkt 2 der Tagesordnung referierte Kollege Anabe über die Lohnverhältnisse in hiesiger Stadt und Umgegend, worüber viele Differenzen entstanden. Es wurde der Vorschlag gemacht, zu Sonntag, den 11. Februar, Nachmittags 4 Uhr, eine allgemeine Versammlung einzuberufen, welcher einstimmig angenommen wurde. Es waren die Kollegen aus Bofuhl und Neustadt eingeladen und zahlreich erschienen. In der Versammlung wurde von allen Anwesenden beschlossen, daß es so mit den Lohnverhältnissen nicht weiter zugehen könne, daß Hilfe geschafft werden müsse. Zur der Frage: „Wie stellen wir uns zu den Lohn- und Arbeitsverhältnissen“, erhielt Kollege Anabe das Wort; derselbe verlas den Lohnsatz. Danach sollen erhalten: Fabrikarbeiter die Stunde 22 Pf., Ueberstunden und Nacharbeit 5 Pf. Aufschlag; Sonntagsarbeit 8 Stunden, welche für zehn Stunden bezahlt werden müssen. Die Anwesenden erklärten sich mit dem Satz nicht einverstanden, weil nur 10 Prozent Lohnerhöhung gefordert werden. Es wurden dann folgende Forderungen formuliert: Maurerarbeiter 25-30 Pf., Erdarbeiter 20 Pf., Forstarbeiter 25 Pf., Fabrikarbeiter 25 Pf. Stundenlohn. Wir richten an alle dem Verbände noch fernstehenden Arbeiter die Bitte, sich dem Verbände anzuschließen.

**Striegan.** Es ist nicht Alles Gold, was glänzt, das rufen auch wir hier im wolkigen Nebel. Die hier bestehende Zählstelle erreichten wir in der zweiten Hälfte des vorigen Jahres und gehören derselben ausschließlich Franzen und Wäldchen an. Daß wir dadurch mit weit größeren Widerständen kämpfen haben, als Zählstellen mit überaus zahlreichem Mitglieder, ist klar. Der geringste Anlaß ist gegeben, daß die heute genannten Mitglieder schon morgen wieder verloren gehen. Daß diese Lauerbetriebe von Arbeitgebern und deren Bewachungen systematisch betrieben werden, ist uns gewöhnt, sobald dies aber von unten geschieht, wo wir nicht langer Zeit die Arbeiterinnen gezwungen waren, zur Erhaltung ihrer Stellung in den Streik zu treten, ist dies keineswegs. Nun, dessen sind wir gewiß, daß kein zweites Mal gescheit wird, um sich den Werkmeister zu erhalten, wie solches in der Strammfabrik der Fall war. Auch Arbeiterinnen verlangen Vergeltung zu sehen, wenn man ihnen ihre eben beschriebene Organisation verweigert, das hätte der Herr Kollege zu erfahren. Nicht unwichtig erspricht man, die 10 stündige Arbeitszeit am 1. Januar 1900 einzuführen, um nachher nicht dazu zu halten. Wir er uns auch momentan die Mitglieder durch Mittel aller Art abzuwenden machen, wir verzagen nicht. Die Gehaltsveränderung und 10 Proz. Lohnaufschlag-Bewegung, welche seit einigen Wochen hier im Gange ist, wird auch trotz allem die beschriebene Streikperiode nicht verhindern.

**Weiskirchen.** Der Stand unserer Organisation in den Bezirken, als auch in Berlin selbst, ist im Gegensatz zu der in den Bezirken herrschenden beständigen Arbeiterzahl, ein überaus trübseliges zu nennen. Wenn man das kleine Gampfen unserer

Verbandskollegen in Betracht zieht, so könnte man glauben, daß die Verhältnisse, unter denen die Arbeiter hier leben, die denkbar besten sind, aber gerade das Gegenteil ist der Fall. Die Löhne welche in den Summi-, Chemischen und Anilinfabriken gezahlt werden, sind so schlecht, daß es den verheirateten Arbeitern, unmöglich ist, neben der Sorge für die Erhaltung ihrer Familie auch noch an eine Verbesserung ihrer Lage zu denken. Löhne von 16 Mark sind in den chemischen Betrieben durchaus nicht selten. Arbeiter, welche in derartigen Betrieben groß geworden sind, erhalten nach 10- bis 15jähriger Tätigkeit 19 bis 20 Mk. Da ist es denn unter den theueren Lebensbedingungen, mit denen die Arbeiter zu kämpfen haben, erklärlich, wenn auch nicht zu entschuldigen, wenn sie der Organisation fern bleiben. Bei diesen Hungerlöhnen können sie nicht von selbst zur Organisation kommen und die Agitation, die bis jetzt von unserer Gewerkschaft hier betrieben wurde, ist, wenn man sie überhaupt noch Agitation nennen will, nicht die richtige gewesen. Was nützt es, die Agitation in den großen Versammlungen, wo all die feurigen Reden gehalten werden, wo die Massen mit voller Begeisterung zu uns kommen, ein oder zweimal bezahlen und sich dann nicht wieder blicken lassen? Dann ist alles Feuer, das in den Versammlungen entflammt worden ist, nur ein Strohhalm gewesen, der hinweggefegt, wie der Wind Spreu hinwegfegt. In den Großbetrieben da heißt es vor allen Dingen, die Agitation in den Werkstuben entfalten, innerhalb der Wände ist der beste Ort, um jene Stupiden zum Klassenbewußtsein zu bringen, um jenen Massen, die uns heute noch fernstehen, klar zu machen, daß sie es sind, die Alles schaffen, Alles erhalten müssen. Nur wenn man überall da agitirt, wo sich die Gelegenheit bietet, kann die Bewegung das werden, was sie werden soll. Zugeben will ich ja, daß durch die gegenseitigen Anfeindungen mit den Lokal-Organisierungen heilbe Organisationen Schaden erleiden. Wenn aber die Berliner endlich einmal aufhören wollten zu murkeln und den Lokal-Organisierungen noch mal die Hand zum Frieden und zur Vereinigung bieten, dann würden auch jene es nicht abschlagen, Frieden zu schließen und sich mit uns zu vereinigen. Es ist geradezu eine Schmach für die Berliner Kollegen, daß die Mitgliederzahl in beiden Organisationen thatsächlich auf 400 gesunken ist. Hoffentlich trägt meine Anregung dazu bei, um die Meinungen betreffs der Agitation für Berlin und Umgegend auszutauschen. Kollegen, zieht bei der Agitation nicht immer die Vortheile der Gewerkschaft in den Vordergrund, organisiert nicht, um eine hohe Mitgliederzahl zu bekommen, sondern organisiert, um Kämpfer heranzubilden, Kämpfer, die da theilnehmen sollen an dem großen Kulturkampf, der ausgefochten wird zur Befreiung der Arbeiterklasse aus dem Joche des Kapitalismus.

Fritz Reich, Neu-Weiskirchen, Langhausstr. 60.

### Bekanntmachung.

An die Zahlstellen des 8. Gaues.

Die diesjährige

### Gaukonferenz

findet am Sonntag, 15. April (1. Ostertag), Vormittags 11 Uhr, in Kassel im Lokale des Herrn Huhn statt.

Vorläufige Tagesordnung:

1. Bericht des Gouvorstandes.
2. Agitation.
3. Wahl des Ortes für den Sitz des Gouvorstandes.
4. Wahl des Ortes für die nächste Konferenz.

Wir bitten die Mitglieder in den in Betracht kommenden Orten, die Wahlen der Delegierten vorzunehmen. Alle der Konferenz vorzulegenden Anträge sind bis zum 1. April an den Unterzeichneten einzufenden.

Mit Kolleg. Gruß  
Der Vorstand des Gaues 8.

J. A.: Aug. Bürger, Kassel, Waisenhofstr. 24.

An die Zahlstellen des Gaues 10 (Bayern).

Unsere diesjährige

### Gaukonferenz

findet am Sonntag, den 15. April 1900, Vormittags 9 Uhr, in München im Restaurant Dall'Armi, Am Frauenplatz, statt.

Vorläufige Tagesordnung:

1. Konstituierung der Konferenz.
2. Bericht des Gouvorstandes.
3. Bericht der Delegierten.
4. Die nächsten Aufgaben des Gouvorstandes.
5. Der Verbandsbeitrag in Halberstadt.
6. Erledigung der Anträge, die zu vorstehenden Punkten nicht einschlägig sind.

Wir eruchen die in Betracht kommenden Zahlstellen, die Wahl der Delegierten sofort vorzunehmen.

Der Vorstand des Gaues 10.

J. A.: R. Gämmele, München, Parisierstr. 20/4.

### Gau 3 (Provinz Sachsen).

Laut Beschluß des Gouvorstandes findet die

### 2. Gaukonferenz

am 22. April 1900, Nachmittags 3 Uhr, in Schönebeck a. E., im Lokale des Herrn Simon Ehlerz, Wiener Restaurant, Königstraße 16, statt.

Vorläufige Tagesordnung:

1. Bericht des Gouvorstandes.
2. Bericht der Delegierten.
3. Agitation.
4. Beratung der Anträge.
5. Wahl der Ortes, an welchem der Gouvorstand seinen Sitz hat.

Die Zahlstellen unseres Gaues, sowie die Einzelmitglieder desselben werden erucht, zur Konferenz Stellung zu nehmen und die Delegierten zu wählen. Jede Zahlstelle sowie die Einzelmitglieder eines Ortes, wählen je einen Delegierten. Alle Anträge, sowie das Resultat der Wahl, eruchen wir an den Unterzeichneten bis 17. April einzufenden. Da die Konferenz (wegen der Bahnverbindung) am 6. Uhr Abends beendet werden muß, so eruchen wir die Delegierten, schon Vormittags 11 Uhr im Lokale sich einzufinden.

Der Gouvorstand.

J. A.: Julius Bollmann, Halberstadt, Quysstr. 36.

### Verlorene und für ungültig erklärte Bücher.

No. 64821, lautend auf den Namen Wilh. Germer, geb. am 20. 8. 81 zu Bernburg, ist verloren gegangen. S. II 13664, lautend auf den Namen E. Waldmann, eingetretten am 15. 1. 1896 zu Harburg, geboren am 22. 2. 1868 zu Hamburg.

### Quittung.

Seit dem 20. Februar gingen folgende Beträge ein: Colbe 78,55; Apenrade 100; Althaldensleben 13,70; Bremen 26,90; Blankenfe 26,95; Köstlin 24,37; Halle a. S. 4; Walthershausen 68,31; Kolberg 93,85; Schöneberg 22,35; Passberg 52,83; Eperer, v. Herrmann 10; Dietrichheim 18,70; Mühlheim a. M. 79; Urberach 18,50; Burgbach 1,78; Wimmergaden-Eppen-

dorf 150; Barby 30; Greppin 50 Mk. Inserate: Harburg, Bürger 8,35 Mk.

Schluß: Dienstag, den 5. März, Mittags 12 Uhr.

### Neue Adressen und Adressen-Veränderungen.

Barby. (Gau 4.) Vertrauensmann Friedr. Frijs, Brückhorstraße 493.  
Bretzlow. (Gau 15.) Heinrich Schaper, Darmstadt. (Gau 12.) G. Heil, Brandgasse 8.  
Derben a. Elbe. (Gau 3.) F. Gjerwinsky, Eisenberg i. Altend. Max Schild, Große Petersgasse.  
Fögter. (Gau 2.) Wilhelm Wagner, Traubenstr. 4.  
Hl. Kroschburg. (Gau 12.) Matthäus Fischer.  
Lehnort (S.-Altend.) (Gau 5.) E. Simon in Sehna.  
München-West. J. Richter, Sollierstraße 19 II.  
Spandau. (Gau 7.) Karl Waldbrunn, Lutherplatz 5.  
Tiede. Hermann Michelmann.  
Weiskirchen. Vertrauensmann: M. Gernickiewicz, Leipzig-Lindenau. Mitgliedschaft wird ausbezahlt beim Kollegen U. Noos, Lindenau, Merseburgerstraße 27.

### Abrechnung

über die Unterstützung des bei der Ausperrung der Formstecher beteiligten Kollegen Grohmann.

Die Unterstützung dauerte vom 8. November 1899 bis zum 5. Februar 1900.

Einnahme:

|                        |         |       |     |
|------------------------|---------|-------|-----|
| Vom Vorstand erhalten: | 1. Rate | 24,-  | Mk. |
|                        | 2. Rate | 24,-  | Mk. |
|                        | 3. Rate | 24,-  | Mk. |
|                        | 4. Rate | 25,-  | Mk. |
|                        | 5. Rate | 24,-  | Mk. |
|                        | 6. Rate | 23,-  | Mk. |
|                        | Summa:  | 144,- | Mk. |

Ausgabe:

An Unterstützung gezahlt für 12 Wochen, à 12 Mk. = 144,- Mk.  
Bilanz: Einnahme 144,- Mk.  
Ausgabe 144,- Mk.

Silbesheim, den 5. Februar 1900.  
Die Bevollmächtigten:  
Ernst Grohmann, Heinrich Hampel, Bruno Jekschin.  
Lorenz Wesold, Ernst Wellart, S. Hippmann.

### Sterbetafel.

Peter Carlsen, Buch-Dr. S. II 19981, geb. am 4. Februar 1833, einget. am 6. September 1896, gestorben am 12. Februar zu Hensburg.

### Briefkasten.

Unter der Sterbetafel werden nur die Todesfälle solcher verstorbenen Mitglieder veröffentlicht, deren Hinterbliebenen Anspruch auf Sterbegeld machen können. Wenn also Todesfälle von anderen Mitgliedern im „Proletarier“ bekannt gegeben werden sollen, so kann das nur durch eine Todesanzeige, die natürlich zu bezahlen ist, geschehen.

### Inserate.

### Zahlstelle Arnsdorf i. Riefengeb.

Die Kollegen, welche mit ihren Beiträgen im Rückstande sind, werden erucht, ihren Verpflichtungen nachzukommen. 0,75 Mk.] Der zweite Bevollmächtigte.

### Rothenburgsort.

Mittwoch, den 14. März, Abends 8 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei v. Egen, Reginenstr. 137. Tagesordnung: 1. Rechte und Pflichten des Mitglieds. 2. Innere Verbandsangelegenheiten. — Um zahlreiche Beteiligung bitten 1,05 Mk.] Die Bevollmächtigten.

### Schönningen.

Versammlungen jeden zweiten Sonnabend im Monat im „Treppenkrug“. — Reise-Unterstützung zahlt Kollege Wassermann, Zigarrenfabrikant, Dörsdorf, zu jeder Tageszeit. [0,90 Mk.]

### Potsdam.

Donnerstag, den 22. März: Mitglieder-Versammlung bei Glaser, Brandenburger Kommunikation 16. [0,60 Mk.]

### München-West.

Unsere Versammlungen tagen jeden dritten Sonntag im Monat, Vorm. 10 Uhr, im „Lindauer Hof“, Landsbergerstraße 4. [0,75 Mk.]

### Zahlstelle St. Georg.

Mittwoch, den 14. März, Abends 8 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Lokale des Herrn Hommel, Nagelsweg 31. Tagesordnung: 1. Vortrag über: Zweck und Nutzen des Konsumvereins. 2. Kartellbericht. 3. Innere Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Um zahlreichen Besuch eruchen 1,20 Mk.] Die Bevollmächtigten.

### Uchersleben.

Unsere Kollegen Friedrich Orbe zu seiner Hochzeitsfeier ein donnerndes Hoch, daß es im Hallen schallt und in der Wilhelmstraße widerhallt. 0,90 Mk.] Die Verbandskollegen.

### Zahlstelle St. Georg.

Sonnabend, den 17. März 1900, im Lokale der Wwe. B. Leier, Hammerlandstraße:

### Winter-Vergnügen

verbunden mit Theater-Aufführungen, Gesang und humor. Vorträgen, sowie Preisstiefchen für Herren und Damen. Preis der Karte 30 Pf., gültig für 1 Herrn und 1 Dame. Anfang 8 Uhr. [1,50 Mk.] Das Festkomitee.

### Geschäfts-Eröffnung.

Hierdurch mache ich die werthen Kollegen von Sande und Bergedorf darauf aufmerksam, daß ich in

### Sande, Wilhelmstraße No. 7,

eine Verkaufsstelle von

### Cigarren

der Tabakarbeiter-Gewerkschaft in Hamburg eröffnet habe, und bitte ich freundlichst, mein Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.

Hochachtungsvoll

Heinrich Gath.